

# Und plötzlich sind alle froh um die Schulleitungen

In der Pandemie sind sie gefragt wie nie: Schulleiter arbeiten durchschnittlich 51 Stunden pro Woche, wie eine Umfrage zeigt

René Donzé

Viele Lehrerinnen und Lehrer hatten ihre liebe Mühe mit der Neuerung: Um die Jahrtausendwende erhielt jede Schule einen Schulleiter. Plötzlich hatten die Lehrpersonen Vorgesetzte im Haus, mussten zu Mitarbeitergesprächen antraben, Sitzungen abhalten, an Schulentwicklungsprojekten teilnehmen. Dabei bestand einer der Vorzüge ihres Berufs doch bis dahin darin, dass sie im Schulzimmer ihre eigenen Chefs sein durften - auch wenn es zuvor schon vorgesetzte Behörden gab und Vorsteher aus dem Lehrerteam.

Mit der Zeit haben sich die Wogen geglättet, auch weil jüngere Lehrerinnen nichts anderes mehr kennen. Im Moment aber sind sogar viele von ihnen richtig froh um die Chefs: «In der Pandemie sind die Schulleitungen der Dreh- und Angelpunkt in Bezug auf die Umsetzung der Massnahmen», sagt Dagmar Rösler, Präsidentin des Verbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz. Da geht es um Elterninformationen, Massentests, die Beschaffung von Masken und das Organisieren von Ersatz für infizierte Lehr- und Betreuungspersonen. «In meiner Wahrnehmung haben hier die Schulleitungen die Lehrpersonen wirklich stark entlastet», sagt Rösler.

## 89 Prozent haben Freude

Doch das hat seinen Preis. «Eine Schule zu leiten, ist ein 24/7-Job», sagt Thomas Minder, der Präsident des Schweizer Schulleiterverbands. Es brauche Erreichbarkeit sieben Tage pro Woche rund um die Uhr. Entsprechend hoch ist auch die Arbeitsbelastung, wie eine Umfrage belegt, an der sich rund 2000 von insgesamt 4700 angeschriebenen Schulleitungen in der Schweiz beteiligt hatten.

Gemäss diesem erstmals durchgeführten sogenannten Schulleitungsmonitor arbeiten Schulleiter mit Vollzeitpensum durchschnittlich 51 Stunden pro Woche. Bei einer 70-Prozent-Anteilung sind es immer noch rund 42 Stunden. Rund drei Viertel der Befragten leiden unter Zeitmangel. Die Umfrage hatte im Herbst stattgefunden, als die Omikron-Welle noch weit weg war. «Jetzt hat sich die Lage verschärft», sagt Minder.



Corona bescherte Schulen viel Mehrarbeit: Lehrerin scannt Dokumente für Fernunterricht. (23. 4. 2020)

Grundsätzlich aber scheint - abgesehen von der akuten Corona-Belastung - die Zufriedenheit der Schulleitungen hoch zu sein. Laut der Umfrage haben 89 Prozent richtig Freude an ihrer Arbeit. 88 Prozent meinten auch, dass ihre Arbeit sie inspiriert.

«Für die Wahl des Berufs standen für die allermeisten nicht Karriere oder Geld im Vordergrund, sondern der Wunsch, Verantwortung zu übernehmen, die Schule zu entwickeln und für das Wohl anderer zu sorgen», sagt Studienleiter Pierre Tulowitzki von der Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz. Doch: «Die grosse Arbeit an Überstunden und der Eindruck, zu wenig Zeit für die vielen Aufgaben zu haben, sehen wir als Risiko», sagt er. «Da kann

es - auch ausserhalb von Pandemiezeiten - schnell zu einer Überlastung und zu Frust kommen.» Was der Schulleitungsmonitor auch aufzeigt: Es gibt eine Lohn-differenz zwischen Frauen und Männern in diesem Beruf. Bei einem durchschnittlichen Jahres-einkommen von 137'000 Franken beträgt dieser rund 9800 Franken. Gemäss Tulowitzki könnte dies mit weniger angerechneten beruflichen Erfahrungen aufgrund von Baby- und Familienpausen zu tun haben.

**Papierkram abgeben**  
Laut Schulleiterpräsident Minder werden die Löhne in einigen Kantonen mit den Bewerbern verhandelt, was möglicherweise zum Nachteil von Frauen geschehe. Anderenorts gebe es fixe Lohn-tabellen. Ungerecht sei aber auch, dass Schulleitungen auf Primarstufe weniger verdienen als solche auf Sekundarstufe: «Das verletzt das Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche Arbeit.» Der Schulleiterverband will nun das Momentum der Pande-

mie nutzen, um seine Forderungen bei der Politik zu platzieren. Neben Lohnleichheit gehe es ihm auch um Unterstützung, sagt Minder: «Es braucht eine administrative Entlastung der Schulleitungen, damit diese auf ein normales Arbeitspensum kommen - auch nach Corona.»

Schliesslich müssten sie sich vor allem um Schulentwicklung kümmern können und nicht um Papierkram. Aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer hat die Pandemie vielerorts dazu geführt, dass die Schulteams zusammengeschweisst wurden, wie Verbandspräsidentin Dagmar Rösler sagt. «Erst kürzlich wieder sagte mir ein Schulleiter, dass er sehr froh um die Unterstützung durch sein Team sei.» Rösler hofft, dass sich eine Erkenntnis aus dieser Pandemie auch in Zukunft hält: «Gute Schulleitungen konzentrieren sich auf das Wesentliche, sollten nicht mehrere Projekte gleichzeitig anreissen und geben ihrem Team vor allem genügend Zeit, um Neues umzusetzen.»

Der Schulleiterverband will nun das Momentum der Pande-

# Politische Aufsicht kritisiert den Geheimdienst

Die oberste Aufseherin bemängelt, der Geheimdienst verspiele seine politische Glaubwürdigkeit.  
**Daniel Friedli**

Die Überwachungsmassnahmen müssten im Einzelfall bewilligt werden, und zwar vom Verteidigungsminister sowie dem Bundesverwaltungsgericht. Und dies wiederum werde von einer speziellen Aufsichtsstanz sowie dem Parlament kontrolliert.

So warb Bundesrat Guy Parmelin 2016 für das neue Nachrichtendienstgesetz, das den Schweizer Spionen zur Abwehr von Hacker-Angriffen und anderen Gefahren unter anderem das Eindringen in Computersysteme erlaubt hat. Diese Woche ist nun ausgekommen: Der Nachrichtendienst (NDB) hat erstmals genau dies bereits zuvor getan. Und er hat zweitens damit auch unter dem neuen Gesetz noch lange weitergemacht, ohne dass dies jemand bewilligt oder bemerkt hätte. In gut 100 Fällen hat er zwischen 2015 und 2020 auf Server im Inland zugegriffen, über die ausländische Hacker kritische Infrastrukturen angriffen. Dies geschah teilweise im Verbund mit Sicherheitsfirmen, Providern und ausländischen Partnerdiensten, aber ohne das Wissen der Richter und der Personen, deren Daten auch auf diesen Servern lagen.

Dementsprechend heftig fällt die Kritik der obersten Aufseherin über den Nachrichtendienst aus: «So verspielt der Nachrichtendienst seine politische Glaubwürdigkeit», sagt Maya Graf, Grüne Ständerätin und Präsidentin der Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments. Einmal mehr habe sich der Dienst über geltende Gesetze hinweggesetzt, wie schon in

der Affäre um die Crypto-AG oder beim Einsatz eines V-Mannes in Deutschland. «Dem NDB fehlt es offensichtlich an Führung und Kontrolle», sagt Graf. Daraus müsse die Politik ihre Lehren ziehen. Die Affäre zeige erstens, dass man die Risiken sehr gut abwägen müsse, wenn man dem NDB neue Kompetenzen übertrage. Und sie beweise zweitens, wie wichtig eine gute Aufsicht sei.

Im aktuellen Fall kam diese Aufsicht zu spät, was bei Graf ebenfalls Fragen aufwirft. Die unabhängige Aufsichtsbehörde über den Nachrichtendienst wurde im Frühling 2021 vom NDB selber über die Vorkommnisse orientiert. Aber sie verzichtete in der Folge darauf, bei ihrer Prüfung der Frage der Rechtmässigkeit nachzugehen. «Wir waren überrascht, dass die Aufsichtsbehörde nicht selbst diese Frage abschliessend geprüft hat», sagt Maya Graf.

Deren Leiter, Thomas Fritsch, weist die Kritik zurück. Die Aufsicht habe sich seit 2018 regelmässig mit den genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen befasst, sagt er. In einer ersten Phase sei es dabei um die Frage gegangen, ob der NDB die Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts rechtmässig umsetze. Auch die Cyber-Abwehr sei als Risiko erkannt worden und habe für 2021 auf dem Prüfplan gestanden, just als der Nachrichtendienst selber die Probleme entdeckt und gemeldet habe. Seither habe die Aufsicht die Abklärungen eng verfolgt und wo nötig Einfluss genommen. «Wir waren und sind tätig, einfach nicht mit einer eigenen Prüfung», sagt Fritsch. Darauf habe man verzichtet, da man bis dato mit den eingeleiteten Massnahmen des NDB und des Verteidigungsdepartements (VBS) einverstanden gewesen sei und eigene Abklärungen keinen Mehrwert gebracht hätten.

Zur Frage, ob seine Behörde überhaupt die Mittel habe, um solche Probleme im NDB zu entdecken, sagt Fritsch: «Die Aufsicht stösst spätestens bei Vorgängen, die mit krimineller oder mindestens konspirativer Energie durchgeführt werden, an ihre Grenzen. Dafür braucht es die Strafverfolgungsbehörden.»

Wie das in diesem Fall genau gelaufen ist, wird jetzt abgeklärt. Mit einer «lückenlosen Aufklärung» hoffen der NDB und das VBS, die Kritik der politischen Aufsicht abzumildern.



Thomas Fritsch, Leiter der Aufsichtsbehörde (28. 3. 2019)

# AHV: «Unterscheidung nach Geschlecht fällt»

Das SP-Führungsduo bricht ein linkes Tabu: Künftig werden Frauen und Männer gleich lang arbeiten. Was Mattea Meyer und Cédric Wermuth mit ihrer Partei vorhaben. **Interview: Andrea Kučera und Anja Burri**

**NZZ am Sonntag:** Renten, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit: Wenn alle Leute, denen Sie etwas versprechen, SP wählen würden, wären Sie das erfolgreichste Parteipräsidium aller Zeiten. Stattdessen verlieren Sie eine kantonale Wahl nach der anderen. Setzen Sie auf die falschen Themen?

**Cédric Wermuth:** Wie wir derzeit abschneiden, das ist unbefriedigend. Wir wollen stärker werden, um die Klimakrise anzugehen, die Gleichstellung zu stärken und die immer grössere Ungleichheit in den Griff zu bekommen. Wir müssen diese politischen Vorschläge wohl noch besser erklären. Mattea sieht alles etwas optimistischer.

**Mattea Meyer:** Auf der Sachebene waren die letzten eininhalb Jahre positiv: Wir haben die Pflegeinitiative gewonnen, wir haben auch die Konzernverantwortungsinitiative gewonnen, wenn man auf die Mehrheitsverhältnisse schaut. Wir sind mit dem Referendum gegen die Stempelsteuer gut unterwegs. Die zwei grössten sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte waren die Frauenstreik- und die Klimabewegung. Es geht ein Ruck durch das Land, in Richtung einer sozialeren, fortschrittlicheren und ökologischeren Politik. Das motiviert mich.

*Wir erleben die SP in der Defensive. Sie, Herr Wermuth, sprachen kürzlich von einer Abwehrschlacht und bürgerlichen Angriffen.*

**Meyer:** Das alles zeigt doch einfach, dass das Parlament die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Wir müssen unsere Erfolge mit den Menschen auf der Strasse und an der Urne erreichen, da es über das Parlament nicht möglich ist.

*Konsequenterweise müssten Sie in der Opposition. Wissen Ihre Bundesräte schon davon?*

**Wermuth:** Ich hätte keine Corona-Pandemie erleben wollen, in der Guy Parmelin oder Ueli Maurer das Gesundheitsdepartement führen. Es ist die Stärke unseres politischen Systems, dass man, obwohl im Parlament in der Minderheit, Schlüsselpositionen besetzen kann, die sehr entscheidend sind für die Lebensrealität der Menschen.

*Sie haben sicher eine Strategie, wie Sie 2023 die nationalen Wahlen gewinnen wollen. Denn wenn es so weitergeht, verlieren Sie einen Ihrer Bundesratssitze an die Grünen.*

**Meyer:** Die SP ist eine Partei, die soziale Errungenschaften wie die AHV verteidigt. Aber es ist auch unsere Aufgabe, Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu präsentieren, zu zeigen, unsere Partei hat Ideen. Darum lancieren wir die Klimafonds-Initiative und die Kita-Initiative für bezahlbare externe Kinderbetreuung.

**Wermuth:** Wenn wir mal zurücktreten, wollen wir nicht daran gemessen werden, wie viele Prozentpunkte wir mehr oder weniger haben als die Grünen. Sondern daran, ob wir real etwas erreicht haben. Bei der abstrakten Diskussion über Bundesrats-sitze machen wir nicht mit. Unsere vielleicht naive Haltung ist: Wir versuchen, das Richtige zu machen.

*Mit Verlaub, Sie sind doch nicht naiv, sondern machtbewusst. Sonst wären Sie nie so weit gekommen.*

**Wermuth:** Ich bin überzeugt, dass ein Teil der Menschen, die sich von der Politik abgewendet haben, angewidert ist von dem Geplänkel, wo es nur noch um Posten, Wählerprozente und Geschacher geht.

*Sie haben vorhin die Klimafonds-Initiative erwähnt. Sie rufen nach einem neuen Fördertopf und denken, damit sei das Problem gelöst.*

**Wermuth:** Klimapolitik ist nicht besonders schwierig. Wir müssen aufhören, die Ressourcen dieses Planeten so zu vergeuden. Man macht es aus ideologischen Gründen kompliziert. Man durfte den Multis nichts vorschreiben, Verbote waren verpönt, alles musste irgendwie nach «Markt» und «Wettbewerb» klingen. Resultat: 30 Jahre lang passierte viel zu wenig. Die technischen Lösungen sind bekannt. Unsere Aufgabe ist, dafür die Ressourcen zur Verfügung zu stellen und die Leute mitzunehmen, damit sie nicht abgehängt werden.

*Die Grünen haben gleichzeitig dieselbe Idee lanciert. Warum überlassen Sie die Klimafonds-Initiative nicht einfach den Grünen, da es Ihnen ja nur um die Sache geht?*



Cédric Wermuth und Mattea Meyer: Kein Platz für Rivalitäten. (Zürich, 14. Oktober 2020)

“

**Ich verwende ab und zu ein Fremdwort. Mattea redigiert das konsequent heraus.**

Cédric Wermuth

**Meyer:** Wir haben als SP den Anspruch, umfassende Antworten auf umfassende Probleme zu geben. Die Klimakrise ist die Herausforderung des Jahrhunderts. Es geht darum, wie unsere Gesellschaft ökologischer und sozialer wird.

**Wermuth:** Die Stärke des gemeinsamen Projekts ist: Wir verbinden die Dringlichkeit des Klimaschutzes mit Industrie- und Wirtschaftspolitik, die Grünen bringen Know-how im Bereich Landwirtschaft und Biodiversität.

*Fürchten Sie nicht, die Wasserträger der Grünen zu werden, wenn Sie sich im Klimabereich starkmachen?*

**Wermuth:** Noch einmal. Wir machen keine Initiative, um Wahlen zu gewinnen. Das ist nicht der Impetus...

**Meyer:**... das wäre ein Wort, das ich aus dem Interview streichen würde.

**Wermuth:** Ich verwende ab und zu ein Fremdwort. Mattea redigiert das konsequent heraus. Mit Recht. Dann halt anders: Wenn ein Politologe sagt, eine Klimafonds-Initiative sei wahltaktisch unklug, ist uns das wurst. Wir machen die Initiative, weil wir es die richtige Antwort auf die Klimakrise finden.

*Sie lancieren in einer Woche zwei Initiativen, bei zwei weiteren Initiativprojekten sind Sie beteiligt. Und Sie sammeln Unterschriften für drei Referenden. Haben Sie keine Angst, dass Sie sich verzetteln?*

**Wermuth:** Doch. Ich tendiere dazu, überall dabei sein zu wollen.

**Meyer:** Ich sage immer: Fokus, Fokus. **Wermuth:** Darum sind wir gestaffelt unterwegs. Zuerst kommen Klimafonds und Kita-Initiative, danach die anderen Projekte.

## Berufspolitiker

Mattea Meyer, 34, ist SP-Nationalrätin aus Winterthur und Co-Präsidentin der SP Schweiz. Zuvor war sie Kantonsrätin (ZH) und Vizepräsidentin der Jungsozialisten. Sie studierte Wirtschaftsgeographie in Zürich. Cédric Wermuth, 35, ist SP-Nationalrat aus Zofingen (AG) und Co-Präsident der SP Schweiz. Schweizweit bekannt wurde er als Juso-Präsident. Er hat in Zürich Politikwissenschaften studiert.

*Als Sie sich um das SP-Präsidium bewarben, spielte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine grosse Rolle. Hält das Co-Präsidium in dieser Hinsicht, was Sie sich davon versprochen haben?*

**Meyer:** Ja. Ich würde es keinen Tag allein machen wollen. Die Arbeitslast ist gross. Wir haben beide den Anspruch, unsere Kinder nicht nur am Sonntag zu sehen, sondern mitzubekommen, wenn sie gut oder schlecht gelaunt aus dem Kindergarten kommen. Ich will aber ehrlich sein. Es ist ein ständiger innerer Kampf: Wie viele Live-Chats am Abend pro Woche liegen drin? Diese Balance zu finden, erfordert tägliche Absprachen mit dem Partner und dem Co-Präsidenten.

**Wermuth:** Co-Präsidenten können nicht beliebig zusammengesetzt werden. Es braucht überdurchschnittliches Vertrauen. Und es gibt keinen Platz für Rivalitäten. Es muss mir egal sein, ob Mattea in die Sendung geht oder ich. Ich empfinde es als lehrreich, Kontrolle abgeben und Verantwortung teilen zu müssen. Das ist man bei einer klassischen

Politikkarriere nicht gewohnt. Da geht es oft um Selbstprofilierung. Ich habe es auch in den letzten vier Monaten, der Mutterschaftszeit von Mattea, gemerkt, dass das Co-Präsidium für mich der richtige Entscheid war. Ich möchte es nicht allein machen.

*Wie kann es sein, dass Sie als Vorreiter der Gleichstellung sich gegen die Angleichung des Frauenrentenalters an das Männerrentenalter auflehnen? Sie zementieren das traditionelle Rollenmodell.*

**Meyer:** Uns ist klar, dass alle vier an diesem Gespräch Beteiligten gleich lang arbeiten werden. Die Unterscheidung nach Geschlecht wird fallen. Bei der jetzigen AHV-Reform geht es aber nicht um uns: Es geht um die Generation unserer Mütter. Das sind Frauen, die ihr Leben lang gekrumpft haben ohne externe Kinderbetreuung und dafür mit viel unbezahlter oder schlecht entlohnter Arbeit. Das sind Frauen, von denen jede vierte nur die AHV hat, von denen jede neunnte direkt Ergänzungsleistungen beziehen muss. Diese Frauen haben das Recht, in Würde alt zu werden. In Würde altern heisst nicht: Ihr dürft jetzt noch ein Jahr länger arbeiten und damit eine Renteneinbusse von 1200 Franken pro Jahr hinnehmen.

*Ab welcher Generation ist es denn gerecht, dass Frauen und Männer gleichzeitig in Rente gehen?*

**Meyer:** Ab der Generation, für die es selbstverständlicher war, berufstätig zu sein und externe Kinderbetreuung zu haben.

**Wermuth:** Wir sehen unsere Partei schon in der Verantwortung, sich nach diesen Abwehrkämpfen Gedanken zu machen über ein Rentenmodell der Zukunft. Die Flexibilisierung des Rentenalters muss ernsthaft zum Thema werden. Heute ist diese nur für Menschen erschwiegend mit hohem Einkommen.

*Flexibilisierung? Die SP?*

**Meyer:** Wenn wir von fehlender Gerechtigkeit sprechen, dann sollten wir auch die unterschiedlichen Lebenserwartungen berücksichtigen. Die Lebenserwartung einer Rechtsprofessorin ist einige Jahre höher als die der Kassiererin in der Migros.

*Das Rentenalter muss nicht für alle gleich sein, aber der Unterschied ist nicht mehr zwischen den Geschlechtern, sondern entlang der ökonomisch bedingten Lebenserwartung. Ist das Ihr Modell?*

**Meyer:** Wir haben die definitive Lösung noch nicht. Aber wir wollen diese Debatte offen führen.

**Wermuth:** Was man nicht vergessen darf: Das wahre Problem ist sowieso die berufliche Vorsorge.

*Wieso?*

**Meyer:** Mit der zweiten Säule leisten wir uns ein ineffizientes, überteuertes Rentensystem mit über 1000 Pensionskassen, das 4 Milliarden Franken Vermögensverwaltungs-kosten pro Jahr verursacht. Das ist Geld, das den Versicherten abgeht.

*Im Parlament steht derzeit der Sozialpartnerkompromiss zur Debatte, der die zweite Säule sanieren soll. Und Sie steigen bereits wieder aus dem Kompromiss aus?*

**Meyer:** Nicht wir, sondern die Bürgerlichen im Nationalrat sind davon abgewichen. Der Kompromiss federt die Rentenverluste für Geringverdienende ab. Die Lobbyisten der Versicherer und Banken haben den rechten Parlamentariern diktiert, wie sie zu entscheiden haben. Nun wird die Reform einzig der Finanzbranche. Wenn wir tatsächlich keine Lösung finden zugunsten der Versicherten, dann müssen wir uns grundsätzliche Gedanken machen.

*Sie drohen, via Volk die zweite Säule zu schwächen?*

**Meyer:** Wenn das Parlament eine Reform der beruflichen Vorsorge verabschiedet nach dem Motto «mehr bezahlen und weniger Rente bekommen», ja, dann ergreifen wir das Referendum. Eine Möglichkeit ist dann, dass wir die AHV stärken und die instabile zweite Säule zurückfahren, indem Lohnprozente von der zweiten in die erste Säule verschoben werden. Das wäre für den Grossteil der Versicherten vorteilhaft, weil die erste Säule solidarisch finanziert ist. So anmassend ist unser Ansatz nicht: Es steht in der Verfassung, dass Renten existenzsichernd sein sollen.

Extrem.  
Überflüssig.  
Gefährlich.

- ✗ Der Schutz unserer Kinder vor Tabak-Produkten ist uns allen wichtig!
- ✗ Deshalb hat das Parlament im Herbst 2021 ein pfefferscharfes Tabakproduktegesetz beschlossen. Mit dem neuen Gesetz verschwindet Tabak-Werbung aus dem öffentlichen Raum. Und es gilt künftig schweizweit ein Verkaufsverbot an unter 18-Jährige.
- ✗ Die Volksinitiative «Tabakwerbe-Verbote» ist also zielgerichtet umgesetzt und damit überflüssig. Und zudem ist sie extrem und gefährlich, weil sie zu noch mehr Verboten führt!
- ✗ Deshalb lehnen Bundesrat, Parlament, die bürgerlichen Parteien und über 40 Verbände die Initiative ab!



Überparteiliches Komitee gegen Werbe-Verbote, Postfach, 8021 Zürich, www.werbeverbote-nein.ch



werbeverbote-nein.ch

Wir sagen NEIN zur Volksinitiative:



Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin, Die Mitte / BL



Mike Egger, Nationalrat, SVP / SG



Philipp Kutter, Nationalrat, Die Mitte / ZH



Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Die Mitte / LU



Damian Müller, Ständerat, FDP / LU



Diana Gutjahr, Nationalrätin, SVP / TG



Markus Ritter, Nationalrat, Die Mitte / SG



Marianne Binder-Keller, Nationalrätin, Die Mitte / AG



Ruedi Noser, Ständerat, FDP / ZH

Jetzt stimmentzettel ausfüllen!  
Werbe-Verbote  
NEIN  
zur extremen Verbots-Initiative